

**Die Verfolgung und Ermordung der
europäischen Juden durch das nationalsozialistische
Deutschland 1933–1945**

Band 1

**Deutsches Reich
1933–1937**

Bearbeitet von Wolf Gruner

R. Oldenbourg Verlag München 2008

Dokumentenverzeichnis 1933–1937

- 1 Jüdische Rundschau: Leitartikel vom 31. Januar 1933 zur Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler
- 2 Nationalsozialistische Monatshefte: Leitartikel vom Januar 1933 zum Kampf gegen das internationale Judentum
- 3 C.V.-Zeitung: Bericht vom 9. Februar 1933 über antijüdische Ausschreitungen in Gersfeld/Hessen
- 4 C.V.-Zeitung: Artikel vom 23. Februar 1933 gegen antijüdische Propaganda auf den Straßen Berlins und in der NS-Presse
- 5 Völkischer Beobachter: Aufruf der NSDAP vom 5./6. März 1933 an die „deutschen Künstler“ zur Reichstagswahl
- 6 Walter Gyssling beschreibt Ausschreitungen und Misshandlungen in München am 9./10. März 1933
- 7 Hermann Badt bietet dem stellvertretenden Ministerpräsidenten am 14. März 1933 seinen Rücktritt als Vertreter Preußens vor dem Staatsgerichtshof an
- 8 Der Reichsinnenminister empfiehlt am 15. März 1933, die Zuwanderung und Einbürgerung von „Ostjuden“ zu verhindern
- 9 Max Moses Polke berichtet über die Verfolgung jüdischer Richter und Anwälte in Breslau zwischen dem 11. und 17. März 1933
- 10 Der Kampfbund für deutsche Kultur fordert vom preußischen Kultusminister am 18. März 1933 den Ausschluss von Juden aus dem Kulturbetrieb des Ruhrgebiets
- 11 Der deutsche Botschafter in den USA telegraphiert am 20. März 1933 an das Auswärtige Amt wegen Presseberichten über die Judenverfolgung in Deutschland
- 12 Der Bürgermeister von München verfügt am 24. März 1933, städtische Aufträge nicht mehr an Juden und Ausländer zu vergeben
- 13 Der Metallhändler Schünemann regt beim Münchener Bürgermeister am 25. März 1933 an, Altmetalle nicht an jüdische Firmen zu verkaufen
- 14 The New York Times: Artikel vom 27. März 1933 über die Vorbereitungen zu großen Protestveranstaltungen in den USA gegen Hitlers Judenpolitik
- 15 Die Stadtverwaltung Frankfurt a.M. verfügt am 28. März 1933 die Entlassung ihrer jüdischen Bediensteten
- 16 Der Staatskommissar für Berlin verbietet der Stadtverwaltung am 30. März 1933, in der „jüdischen Presse“ zu inserieren
- 17 Völkischer Beobachter: Die NSDAP ruft am 30. März 1933 zu einem reichsweiten antijüdischen Boykott auf
- 18 Privatlehrer Ackermann regt am 30. März 1933 den Boykott jüdischer Privatlehrer in München an
- 19 Der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten ruft am 30. März 1933 seine Mitgliedsfirmen auf, gegen die „internationale Greuel- und Boykotttette“ vorzugehen
- 20 Besprechung von Vertretern jüdischer Organisationen am 31. März 1933 in Paris über die Verfolgung der jüdischen Deutschen
- 21 Henriette Necheles-Magnus beschreibt Solidaritätsbekundungen während des antijüdischen Boykotts am 1. April 1933 in Wandsbek
- 22 The Times: Artikel vom 3. April 1933 über den Mord an dem jüdischen Rechtsanwalt Schumm und weitere Gewalttaten am Tag des Boykotts
- 23 Direktor Eugen Feuchtmann berichtet dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Johannes Jeserich AG am 3. April 1933 über den erzwungenen Rücktritt zweier jüdischer Direktoren

- 24 Patentanwalt Richard Wirth erklärt sich am 3. April 1933 mit seinen jüdischen Kollegen solidarisch
- 25 Die Jüdische Rundschau vom 4. April 1933 fordert, als Antwort auf den Boykott ein neues jüdisches Selbstbewusstsein zu entwickeln
- 26 Der Student Heinrich Marx erörtert am 5. April 1933 nach dem Boykott in Berlin die Frage „Bleiben oder gehen?“
- 27 Der nicht realisierte Entwurf eines Gesetzes „zur Regelung der Stellung der Juden“ vom 6. April 1933
- 28 Das Auswärtige Amt spricht sich am 7. April 1933 dagegen aus, den Juden in Oberschlesien Minderheitenrechte zuzugestehen
- 29 Das Gesetz vom 7. April 1933 zur Entlassung von jüdischen und politisch unliebsamen Beamten
- 30 Kardinal Faulhaber schreibt am 8. April 1933 an Alois Wurm über dessen Protest gegen die Judenverfolgung
- 31 Die Sächsische Landes-Auftrags-Stelle schlägt am 10. April 1933 vor, dass jüdische Firmen Heer, Marine und Polizei nicht mehr beliefern dürfen
- 32 Die erste gesetzliche Definition des Begriffs Nichtarier vom 11. April 1933
- 33 Der Unternehmensvertreter Walter Hoffmann interveniert bei Göring am 12. April 1933 wegen Presseberichten in den USA über Ausschreitungen am Tag des Boykotts
- 34 Karl Jarres schreibt an Theodor Lewald am 15. April 1933 nach dessen Rücktritt vom Vorsitz des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen
- 35 Hertha Nathorff notiert am 16. April 1933 ihre Eindrücke über eine Versammlung des Bundes deutscher Ärztinnen in Berlin
- 36 Jüdische Rundschau: Artikel vom 25. April 1933 über den Suizid eines deutsch-national denkenden Juden
- 37 Charlotte Gumpert informiert Minni Steinhardt in Palästina am 26. April 1933 über die politische Lage in Deutschland und die Situation der Emigranten
- 38 Otto Marx berichtet über seine Festnahme in Weiden und seine Haft im Konzentrationslager Dachau im März/April 1933
- 39 Ein Bonner Bürger protestiert bei Ministerpräsident Göring am 3. Mai 1933 gegen die Verfolgung der deutschen Juden
- 40 Der Nationalsozialistische Deutsche Reichs-Makler-Bund kritisiert das Vorgehen des Reichsverbands Deutscher Makler bei der Gleichschaltung am 6. Mai 1933
- 41 Heinrich Marx reflektiert am 9. Mai 1933 seine persönliche Lage in Berlin und die Situation an den Hochschulen
- 42 Die Israelitische Kultusgemeinde München beschwert sich beim Auswärtigen Amt am 13. Mai 1933 über Aktionen gegen jüdische Vereine in München
- 43 Der Firmenvertreter Oskar Vangerow berichtet am 16. Mai 1933 über die Juden und die Stimmung in Polen
- 44 Karl Landau erkundigt sich beim Wiener Obermagistratsrat a. D., Engelbert Siegl, am 18. Mai 1933 über die Möglichkeit einer Anstellung
- 45 Die Polnische Gesandtschaft protestiert am 22. Mai 1933 gegen Angriffe auf polnische Staatsangehörige in Deutschland
- 46 Anweisung an die Deutsche Delegation in Genf vom 24. Mai 1933, eine Diskussion im Rat des Völkerbunds zur Judenverfolgung in Deutsch-Oberschlesien zu verhindern
- 47 Die Jüdische Gemeinde Berlin beschwert sich beim Staatskommissar für Berlin am 29. Mai 1933 über antijüdische Maßnahmen der Stadtverwaltung
- 48 Nationalsozialistische Monatshefte: Artikel vom Mai 1933 über die „Lösung der Judenfrage“
- 49 Ein Vertreter des American Joint Distribution Committee berichtet am 11. Juni 1933 über ein Gespräch mit Leo Baeck in Berlin zur Organisation der Auswanderung deutscher Juden

- 50 The New York Times: Meldung vom 12. Juni 1933 über eine Kampagne zur Unterstützung der deutschen Juden
- 51 Das Jugendschöffengericht Frankfurt a.M. verurteilt am 12. Juni 1933 jüdische Jugendliche wegen des Verteilens politischer Flugblätter
- 52 Das Statistische Reichsamt berichtet über die regionale Verteilung der Glaubensjuden nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 16. Juni 1933
- 53 Das Statistische Reichsamt berichtet über die berufliche Verteilung der Glaubensjuden nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 16. Juni 1933
- 54 Die Straßenhändlerin Luise Rupprecht bittet den Breslauer Polizeipräsidenten am 17. Juni 1933, einen konkurrierenden jüdischen Straßenhändler des Platzes zu verweisen
- 55 Deutsche Allgemeine Zeitung: Bericht vom 19. Juni 1933 über eine Ansprache des Berliner Oberbürgermeisters vor amerikanischen Kommunalpolitikern
- 56 Max Osborn erläutert Minni Steinhardt am 19. Juni 1933 seine Pläne für eine Emigration nach Palästina
- 57 Der Direktor des Physikalischen Instituts interveniert bei der Breslauer Universitätsleitung am 22. Juni 1933 zugunsten der Dozentin Hedwig Kohn
- 58 Professor James Goldschmidt protestiert am 22. Juni 1933 beim Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Erziehung gegen den Entzug seiner Lehrbefugnis
- 59 Der Vorstand der Talmud Tora Schule in Hamburg erörtert am 28. Juni 1933 die Lage der jüdischen Schulen
- 60 Ein Landesverband des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens berichtet über die Situation der Juden in Sachsen und Sachsen-Anhalt im Juni 1933
- 61 Hans Kantorowitz weigert sich am 1. Juli 1933, aus der Berliner Turnerschaft auszutreten
- 62 Isaac Meyer begründet gegenüber der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft in Frankfurt a. M. am 13. Juli 1933 seinen Austritt
- 63 Kollegen des Observatoriums Potsdam denunzieren am 18. Juli 1933 Professor Erwin Finlay Freundlich als „antinational denkenden Juden-Abkömmling“
- 64 Der Deutsche Gemeindetag ermöglicht der Stadt Preußisch Friedland am 26. Juli 1933 den teilweisen Ausschluss von Juden aus öffentlichen Badeanstalten
- 65 Der Vorstand des Ärztlichen Vereins Hamburg tritt im Juli 1933 wegen einer antijüdischen Satzungsänderung zurück
- 66 Das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Franz Urbig, berichtet Ende Juli 1933 über die Entlassung der Vorstandsmitglieder Theodor Frank und Oscar Wassermann
- 67 Der Synagogengemeindeverband der Provinz Oberschlesien beklagt sich im Auswärtigen Amt am 4. August 1933 über die Benachteiligungen von Juden
- 68 Die Reichsvertretung der jüdischen Landesverbände Deutschlands beschwert sich beim Reichsarbeitsminister am 11. August 1933 über Berufsbeschränkungen für Ärzte
- 69 Das preußische Justizministerium schlägt am 11. August 1933 die Strafverfolgung des Mordes an einem jüdischen Zahnarzt nieder
- 70 Das Reichsinnenministerium sendet dem Auswärtigen Amt und dem Preußischen Minister des Innern am 14. August 1933 eine erste Liste auszubürgernder Personen
- 71 Werbeanzeige von Mitte August 1933 für das Programm des neu gegründeten Kulturbunds Deutscher Juden
- 72 Johannes Schräpel informiert den Reichsinnenminister am 23. August 1933 über die Gleichschaltung des Verbands der Sittichliebhaber
- 73 Sondersitzung des Vorstandsdirektoriums der Jüdischen Gemeinde Berlin am 24. August 1933 zur Sicherung der rituellen Verpflegung trotz des Schächtverbots

- 74 Der Hamburger Bürgermeister Krogmann notiert am 25. August 1933 eine Bitte jüdischer Organisationen um Verhandlungen mit der NSDAP
- 75 Die Evangelische Kirche der altpreußischen Union führt am 6. September 1933 den Arierparagrafen ein
- 76 Martin Bormann fordert von den Gauleitern am 12. September 1933 einen Stopp lokaler antijüdischer Maßnahmen
- 77 Juristische Wochenschrift: Artikel vom 16. September 1933 über rechtliche Möglichkeiten zur Annullierung von „Mischehen“
- 78 Aus der Debatte des Europäischen Nationalitätenkongresses am 18. September 1933 über die Judenverfolgung in Deutschland
- 79 Junge Kirche: Gutachten der Theologischen Fakultät der Universität Marburg vom 20. September 1933 gegen eine Beschränkung der Rechte nichtarischer Christen
- 80 Der Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft antwortet Rupert Naumann am 23. September 1933 auf dessen Bedenken, alle Juden aus der Berliner Turnerschaft auszuschließen
- 81 Das Reichswirtschaftsministerium kritisiert am 25. September 1933 den Ausschluss jüdischer Händler von Messen und Märkten
- 82 Die Städte-Reklame GmbH ersucht den Treuhänder der Arbeit in Hessen am 5. Oktober 1933 um eine Stellungnahme zur Werbung für jüdische Firmen
- 83 Die entlassene Beamtin Johanna Rosenthal bittet die Oberpostdirektion Berlin am 9. Oktober 1933 um ein Gnadenruhegehalt
- 84 Kapellmeister Erich Erck beantragt beim Bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus am 10. Oktober 1933 die Genehmigung eines Jüdischen Kulturbundes
- 85 Der Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht rein arischer Abstammung bietet der Regierung am 19. Oktober 1933 seine Unterstützung an
- 86 Der Reichsführer der Deutschen Ärzteschaft ermahnt die Kassenärztliche Vereinigung am 24. Oktober 1933, Listen von nichtarischen Ärzten diskret zu verwenden
- 87 Deutsches Philologen-Blatt: Artikel vom 1. November 1933 über die Einführung von Rassenkunde im Schulunterricht
- 88 Völkischer Beobachter: Artikel vom 15. November 1933 über die Forderung der Deutschen Christen, „Judenchristen“ aus der evangelischen Kirche auszuschließen
- 89 Der Händler Louis Skalawski beklagt sich beim Reichswirtschaftsminister am 15. November 1933 über seinen Ausschluss vom Berliner Wochenmarkt
- 90 Der Stadtschulrat von Berlin verbietet am 4. Dezember 1933 Lehrern die Heirat jüdischer Partner
- 91 The New York Times: Artikel vom 24. Dezember 1933 über die Arbeit des Hochkommissars des Völkerbundes und die Hilfe für jüdische Flüchtlinge
- 92 Fritz Wolfes bittet den Oberbürgermeister von Hannover am 29. Dezember 1933 um die Vermietung einer Sporthalle an den jüdischen Turnverein
- 93 Ernst Hofmann berichtet über Misshandlungen durch SS- und SA-Leute (1933)
- 94 Pariser Tageblatt: Kommentar vom 4. Januar 1934 zur Absage des Boxkampfes Schmeling gegen Levinsky
- 95 Der Unternehmer Julius Fromm protestiert am 4. Januar 1934 gegen die geplante Aberkennung seiner deutschen Staatsangehörigkeit
- 96 Der National-Sozialistische Erzieher: Artikel vom 13. Januar 1934 über die „Rassentrennung“
- 97 Juristische Wochenschrift: Artikel vom 13. Januar 1934 über zwei Urteile des Reichsarbeitsgerichts zur Kündigung jüdischer Angestellter
- 98 Brief einer Deutschen an das Außenpolitische Amt der NSDAP vom 26. Januar 1934 über ihre Reiseeindrücke in Polen

- 99 Memorandum der Reichsvertretung der deutschen Juden vom Januar 1934 an die Reichsregierung über die Situation der jüdischen Bevölkerung
- 100 Das Geheime Staatspolizeiamt informiert das preuß. Innenministerium über eine Versammlung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens am 4. Februar 1934 in Deutsch-Krone
- 101 Rabbiner Wahrmann berichtet am 5. Februar 1934 über die wachsenden sozialen und seelsorgerischen Probleme in seinem schlesischen Gemeindebezirk
- 102 Die Industrie- und Handelskammer Dresden fordert vom sächsischen Wirtschaftsministerium am 7. Februar 1934 den Ausschluss jüdischer vereidigter Sachverständiger
- 103 Der Landesverband Mitteldeutschland des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens berichtet am 9. Februar 1934 über die Interessenvertretung jüdischer Angestellter
- 104 Der Hotelier Hanns Kilian beschwert sich bei der Gemeinde Garmisch am 13. Februar 1934 über die Denunziation einer österreichischen Künstlerin als Jüdin
- 105 Eine jüdische Schülerin und ihre Eltern schreiben am 18. Februar 1934 an eine nach Palästina ausgewanderte Lehrerin
- 106 Bericht über die Aufführung des Schülerpuppenspiels „Till Ülespegel“ Ende Februar 1934 in Köln-Ehrenfeld
- 107 Staatssekretär Backe äußert gegenüber dem Geheimen Staatspolizeiamt am 27. Februar 1934 Bedenken wegen der Umschulung von Juden in der Landwirtschaft
- 108 Gertrud Baumgart schreibt an Paula Tobias am 4. März 1934 über die Frauenbewegung und die Judenfrage als Schicksalsfrage Europas
- 109 Deutsche Justiz: Artikel vom 23. März 1934 gegen ein Gerichtsurteil, das eine Anfechtung der Ehe wegen „Rassenverschiedenheit“ nicht zuließ
- 110 Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten protestiert bei Reichspräsident Hindenburg am 23. März 1934 gegen den Ausschluss jüdischer Soldaten aus der Wehrmacht
- 111 Frankfurter Zeitung: Artikel vom 28. März 1934 über die fortschreitende Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft
- 112 Vordruck der NSDAP-Kreisleitung Ansbach vom März 1934 für eine ehrenwörtliche Erklärung, jeden Kontakt zu Juden abzubrechen
- 113 Die Neue Welt: Meldungen vom 5. April 1934 über antijüdische Ausschreitungen in Gunzenhausen und die zunehmende NS-Propaganda gegen „Rassenschande“
- 114 Die Gendarmerie Groß-Karben berichtet am 10. April 1934 über die Demütigung einer Frau wegen „Rassenschande“
- 115 Zeitungsausschnitt aus dem Pariser Tageblatt mit einem Schreiben des Reichsarbeitsministers an den Stellvertreter des Führers vom 25. April 1934 über den Ausschluss nichtarischer Unternehmer von der Feier des 1. Mai
- 116 Bericht des Geheimen Staatspolizeiamts Berlin vom April 1934 zur Überwachung der jüdischen Organisationen und ihrer Tätigkeit in Deutschland
- 117 Völkischer Beobachter: Auszug aus einer Rede von Goebbels am 11. Mai 1934 gegen Kritiker, die Juden, die Kirchen und die ausländische Presse
- 118 Der Regierungspräsident in Frankfurt (Oder) rechtfertigt gegenüber dem preußischen Finanzminister am 26. Mai 1934 die Einziehung des Gutes von Hugo Simon
- 119 Aus dem Sopade-Bericht vom Mai/Juni 1934 über die Reaktionen auf die Judenverfolgung in Deutschland
- 120 Legationsrat von Stutterheim berichtet am 2. Juni 1934 über ein Gespräch mit Leo Löwenstein, dem Vorsitzenden des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten
- 121 Bericht des Vizepräsidenten Fritz Grau in der Sitzung der Strafrechtskommission am 5. Juni 1934 über „Rassenschutz“ und gesellschaftliche Absonderung der Juden

- 122 Staatssekretär Pfundtner schlägt dem Reichslandwirtschaftsminister am 13. Juni 1934 vor, geschlossene Lager für die landwirtschaftliche Ausbildung von Juden einzurichten
- 123 Das Geheime Staatspolizeiamt ordnet am 14. Juni 1934 die Einziehung des Vermögens des Bundes der jüdischen Arbeitnehmer in Preußen an
- 124 Julius Plaut bittet den Hamburger Reichsstatthalter Karl Kaufmann am 14. Juni 1934 um die Rücknahme seiner Kündigung
- 125 Haynt: Artikel vom 15. Juni 1934 über die Bildung einer antijüdischen Internationale in Nürnberg
- 126 Kurt Rathenau unterrichtet seinen Bruder Fritz am 23. Juni 1934 über die katastrophale Lage seiner Firma Ernst Rosenberg & Co. GmbH Berlin
- 127 Eingabe an das Landesfinanzamt Schlesien vom 4. Juli 1934 zur Befreiung des an die Universität Istanbul berufenen Professors Erich Frank von der Reichsfluchtsteuer
- 128 Margot Littauer beschreibt ihren Schulalltag in Breslau Mitte 1934
- 129 Internationales Ärztliches Bulletin: Artikel vom Juli/August 1934 über den Mord an Erich Mühsam im Konzentrationslager Oranienburg
- 130 Die Geheime Staatspolizei verbietet am 2. August 1934 den Mitgliedern jüdischer Jugendverbände das Tragen von Uniformen und wehrsportliche Übungen
- 131 Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung: Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, verbietet am 16. August 1934 den NSDAP-Mitgliedern den Umgang mit Juden
- 132 Der Mieterschutzverein Frankfurt a. M. schlägt dem Oberbürgermeister am 29. August 1934 die Umbenennung von Straßen und Plätzen vor
- 133 Die Reichsstelle für das Auswanderungswesen informiert am 29. August 1934 über Stand und Probleme der jüdischen Emigration aus Deutschland im zweiten Quartal
- 134 Reichsstatthalter Fritz Sauckel drängt Hitler und Heß am 31. August 1934, die Waffenfabrik Simson-Werke in Suhl zu enteignen
- 135 Der Historiker Willy Cohn berichtet am 16. September 1934 über einen Besuch in einem zionistischen Hachschara-Lager
- 136 Der Staatskommissar für Berlin trifft am 21. September 1934 Vorkehrungen anlässlich des jüdischen Laubhüttenfestes
- 137 Der National-Sozialistische Erzieher vom 13. Oktober 1934: Lehrplanentwurf zur Behandlung der Judenfrage an den sog. Staatsjugendtagen
- 138 Der Landesbauernführer Sachsen-Anhalt rechtfertigt vor dem Reichsbauernführer am 13. Oktober 1934 die Verdrängung der Juden aus der lokalen Wirtschaft
- 139 Der Regierungspräsident in Liegnitz berichtet dem preußischen Innenminister am 16. Oktober 1934 über einen Vorfall in Görlitz wegen des Hissens einer Hakenkreuzfahne auf einem „jüdischen Kaufhaus“
- 140 Der SA-Mann Werner Siemroth denunziert seinen Hamburger Arbeitgeber am 29. Oktober 1934 wegen der Beschäftigung von Juden
- 141 Der Centralverein informiert das Reichswirtschaftsministerium am 12. November 1934 über die Behinderung jüdischer Händler auf städtischen Märkten
- 142 Heinrich Himmler bittet Hitler am 22. November 1934, den Verband der Bayerischen Offiziers-Regiments-Vereine zum Ausschluss seiner jüdischen Mitglieder zu verpflichten
- 143 Ein NSDAP-Mitglied protestiert am 26. November 1934 anonym bei den Ministerien in Berlin gegen den fortwährenden Boykott jüdischer Geschäfte in Braunschweig
- 144 The New York Times: Meldung vom 4. Dezember 1934 über die Zusage Deutschlands, im Fall der Rückgliederung des Saargebiets ein Jahr lang die Rechte der Juden zu achten
- 145 Juristische Wochenschrift: Ein Urteil des Arbeitsgerichts Hanau hebt am 7. Dezember 1934 die Kündigung eines jüdischen Angestellten auf

Dokumentenverzeichnis 1933-1937

57

- 146 Besprechung beim Stab des Stellvertreters des Führers in München am 20. Dezember 1934 über eine „besondere Judengesetzgebung“
- 147 Die Direktion des Kaufhauses Hermann Tietz informiert das Reichswirtschaftsministerium am 22. Dezember 1934 über ein antisemitisches Flugblatt
- 148 Das Geheime Staatspolizeiamt löst am 27. Dezember 1934 die Arbeitsgemeinschaft der Automobilbesitzer Deutschlands wegen ihrer jüdischen Mitglieder auf
- 149 Pariser Tageblatt: Artikel vom 30. Dezember 1934 über eine Tagung ostpreußischer Gemeinden zum Rückgang und zur Verarmung der jüdischen Bevölkerung
- 150 Der Hilfsausschuß der Vereinigten Jüdischen Organisationen Hamburgs berichtet über Wirtschaftshilfe, Emigrationsförderung und Berufsausbildung in den Jahren 1933 und 1934
- 151 Martin Andermann beschreibt die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Königsberg i. Pr. im Jahr 1934
- 152 Die Gesundheits- und Fürsorgebehörde Hamburg beharrt gegenüber dem SA-Oberführer Heusser am 4. Januar 1935 auf der Notwendigkeit, bei jüdischen Händlern einzukaufen
- 153 Der SS-Standortführer Berlin verbietet am 19. Januar 1935 den SS-Männern und ihren Familien den privaten Kontakt zu Juden
- 154 Bericht des Geheimen Staatspolizeiamts Berlin zur Situation der Juden in Deutschland im Dezember 1934 und Januar 1935
- 155 Das NSDAP-Mitglied Walter Tanke denunziert bei der Gestapo Stettin am 17. März 1935 Teilnehmer einer „judenfreundlichen“ Kirchenversammlung
- 156 Die katholische Kirche gründet am 22. März 1935 den Hilfsausschuß für katholische Nichtarier
- 157 Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens berichtet am 22. März 1935 über antijüdische Vorfälle in mecklenburgischen Gemeinden
- 158 Die Gendarmerie unterrichtet am 23. März 1935 den Landrat in Hünfeld über einen Überfall auf die Besucher der Synagoge in Rhina
- 159 Das Reichsministerium des Innern informiert die Adjutantur der Wehrmacht beim Führer und Reichskanzler am 3. April 1935 über die geschätzte Zahl der Juden im Deutschen Reich
- 160 Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens protestiert bei Oberbürgermeister Goerdeler am 8. April 1935 gegen den Boykott jüdischer Ärzte in Leipzig
- 161 Jüdische Rundschau: Rede von Rabbiner Joachim Prinz im April 1935 über die soziale und kulturelle Isolation der jüdischen Bevölkerung
- 162 Berliner Tageblatt: Artikel vom 20. April 1935 über die Forderung des Deutschen Gemeindetags, städtische Finanzbeihilfen für jüdische Schulen abzuschaffen
- 163 Der Romanist Victor Klemperer beschreibt am 2. Mai 1935 seine Entlassung als Professor an der Technischen Hochschule Dresden
- 164 Naftali Unger unterrichtet am 8. Mai 1935 die Palestine Shipping Company über die Schwierigkeiten, Ausbildungsplätze für jüdische Jugendliche auf Schiffen zu erhalten
- 165 Besprechung des Heereswaffenamts mit dem Flick-Konzern am 22. Mai 1935 über eine „Arisierung“ der Waffenfabrik Simson in Suhl
- 166 Werdauer Zeitung: Bericht vom 23. Mai 1935 über einen antisemitischen Vortrag in einer Versammlung des Frauenamts der Deutschen Arbeitsfront
- 167 Paula Tobias protestiert beim Reichswehrministerium am 24. Mai 1935 gegen die Benachteiligung ihrer Söhne durch das neue Wehrgesetz
- 168 Rechtsanwalt Leopold Weinmann fordert vom Reichsinnenministerium am 26. Mai 1935, gegen die Urheber antijüdischer Gewalttaten in München vorzugehen
- 169 Beschwerde einer Mutter über die Beteiligung ihres fünfzehnjährigen Sohns an den nächtlichen HJ-Aktionen gegen Münchener Juden (ca. 26. Mai 1935)

- 170 Das Geheime Staatspolizeiamt Berlin fordert vom Reichsjustizminister am 28. Mai 1935, Eheschließungen zwischen Juden und Nichtjuden zu verhindern
- 171 Professor Johann Plesch antwortet der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft am 29. Mai 1935 auf deren Nachzahlungsforderungen
- 172 Der Stürmer: In einem vorgeblichen Leserbrief wird im Mai 1935 der Oberbürgermeister von Meißen als „Judenknecht“ beschimpft
- 173 Antisemitische Glosse Adolf Steins vom 4. Juli 1935 über Juden in Berlin
- 174 Meeraner Zeitung: Artikel vom 12. Juli 1935 über sogenannte Rassenschandefälle
- 175 Der Regierungspräsident in Düsseldorf bittet den Reichsinnenminister am 13. Juli 1935 um Anweisungen für die fremdenpolizeiliche Behandlung polnischer Juden
- 176 Neue Zürcher Zeitung: Artikel vom 16. Juli 1935 über antijüdische Gewalttaten auf dem Kurfürstendamm anlässlich eines antisemitischen Films aus Schweden
- 177 Der Leiter des Landeswohlfahrtsamts Berlin beschränkt am 17. Juli 1935 die Wohlfahrtsunterstützung für zuziehende jüdische Hilfsbedürftige
- 178 Reichsinnenminister Frick berichtet Hitler am 19. Juli 1935 über die Praxis bei der Änderung jüdischer Namen
- 179 Das Ehepaar Lau beschwert sich bei der Zeitung Das Schwarze Korps am 20. Juli 1935 über Juden in einer Berliner Kleingartenanlage
- 180 Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens berichtet dem Reichsinnenminister am 24. Juli 1935 über Gewalttaten in Ostpreußen, Mecklenburg, Hessen, Westfalen und Berlin
- 181 Reichsinnenminister Frick untersagt am 27. Juli 1935 im Vorgriff auf ein künftiges Gesetz Eheschließungen zwischen Juden und Nichtjuden
- 182 Antijüdische Vorurteile innerhalb der Bekennenden Kirche: Ein Brief der Studienrätin Elisabeth Schmitz an Walter Künneht vom 28. Juli 1935
- 183 Das Geheime Staatspolizeiamt berichtet Reinhard Heydrich am 31. Juli 1935 über neue Pläne zur Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung in Berlin
- 184 Die Deutsche Arbeitsfront schlägt dem SD-Hauptamt am 31. Juli 1935 Namensänderungen für Juden vor
- 185 Das Schwarze Korps: Artikel vom 7. August 1935 mit der Aufforderung an die Bevölkerung, Juden festzunehmen
- 186 Die Geheime Staatspolizei informiert das Auswärtige Amt am 8. August 1935 über die öffentliche Demütigung einer Frau in Beuthen
- 187 Der NSDAP-Gauorganisationsleiter in Ostpreußen fordert am 15. August 1935 den Parteiausschluss des Landrats in Marienwerder
- 188 Das Geheime Staatspolizeiamt fordert am 17. August 1935 von den Staatspolizeistellen Material für eine zentrale „Judenkartei“ an
- 189 Ministerbesprechung am 20. August 1935 über die nächsten Schritte in der antijüdischen Politik
- 190 Das Referat Kühne im Reichsfinanzministerium erörtert am 22. August 1935 Vorschläge zur steuerlichen Diskriminierung der Juden
- 191 Der Historiker Willy Cohn berichtet am 25. August 1935 über die Situation eines in einer „Mischehe“ lebenden Bekannten
- 192 Ein Leipziger Bürger macht dem Bürgermeister Haake Ende August/Anfang September 1935 Vorschläge zur weiteren Ausgrenzung der Leipziger Juden
- 193 Die Deutsche Reichsbahn fordert ihre Dienststellen am 7. September 1935 auf, gegen das Anbringen antijüdischer Schilder auf Reichsbahngelände vorzugehen
- 194 Ein Mitarbeiter stellt am 7. September 1935 für Reichsbankpräsident Schacht Material über künftige Belastungen der Wirtschaft infolge der jüdischen Emigration zusammen

- 195 Das Geheime Staatspolizeiamt erläutert Reichsminister Darré am 9. September 1935 eigene Vorschläge zur „Lösung der Judenfrage“
- 196 Das Deutsche Nachrichtenbüro kommentiert am 10. September 1935 den Erlass von Reichsminister Rust zur Errichtung separater Schulen für jüdische Kinder
- 197 Die Politischen Polizeien der Länder werden am 11. September 1935 aufgefordert, Juden rechtzeitig vor deren Emigration für eine Kontrolle beim Landesfinanzamt zu melden
- 198 Das in Nürnberg verkündete Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 bestimmt, dass deutsche Juden Staatsangehörige zweiter Klasse werden
- 199 Das in Nürnberg verkündete „Blutschutzgesetz“ vom 15. September 1935 verbietet Ehen und außereheliche sexuelle Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden
- 200 Staatssekretär Stuckart erläutert Reichsärztführer Wagner am 22. September 1935 Entwürfe der Ersten und Zweiten Verordnung zum Reichsbürgergesetz
- 201 Jüdische Rundschau: Stellungnahme der Reichsvertretung der Juden in Deutschland vom 24. September 1935 zu den Nürnberger Gesetzen
- 202 Kommentar zu einem Vortrag des Leiters des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, Walter Groß, vom 25. September 1935 über Hitlers neuen Kurs in der Judenfrage
- 203 Der Leiter der Abteilung für Volksgesundheit im Reichsinnenministerium begründet am 25. September 1935 Heiratsverbote zwischen Juden und Nichtjuden mit der Mendel'schen Vererbungslehre
- 204 Der Schweizer Botschafter in Berlin berichtet am 27. September 1935 über die Häufung von Einwanderungsgesuchen deutscher Juden
- 205 Staatssekretär Stuckart unterrichtet Reichsinnenminister Frick am 9. Oktober 1935 über das geplante Gesetz zur Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung von Juden
- 206 Frankfurter Zeitung: Bericht vom 11. Oktober 1935 über eine Erklärung aus dem Rassenpolitischen Amt der NSDAP zu mystischen Tendenzen in der „Rassenlehre“
- 207 Reichsinnenminister Frick protestiert bei Robert Ley am 16. Oktober 1935 gegen die Kennzeichnung nichtjüdischer Geschäfte durch die Deutsche Arbeitsfront in Sachsen
- 208 NSDAP-Mitglied Peters fordert von Oberbürgermeister Krogmann am 27. Oktober 1935 die Entlassung jüdischer Kollekteure aus der Hamburger Staatslotterie
- 209 Die Fachgruppe Private Krankenversicherung bittet die zuständige Wirtschaftsgruppe am 1. November 1935, ihr den Ausschluss der jüdischen Versicherten zu genehmigen
- 210 Die Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 definiert den Begriff „Jude“
- 211 Albert Herzfeld berichtet am 16. November 1935 über die erzwungene Entlassung seiner nichtjüdischen Hausangestellten
- 212 Pariser Tageblatt: Leitartikel vom 25. November 1935 über die Absurdität der Rassedefinition nach den Nürnberger Gesetzen
- 213 Reisebericht vom 29. November 1935 über die dramatische Lage der jüdischen Bevölkerung nach dem Erlass der Nürnberger Gesetze
- 214 Reichsjustizminister Gürtner diskutiert mit Hitler am 12. Dezember 1935 über die Entfernung der Juden aus den freien Berufen
- 215 Ein leitender Beamter des Reichserziehungsministeriums berichtet über die Chefbesprechung am 12. Dezember 1935 zur Fortführung der antijüdischen Politik
- 216 Die Stadt Radeberg berichtet dem Sächsischen Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit am 14. Dezember 1935 über den Boykott jüdischer Geschäfte
- 217 Ministerialvertreter diskutieren am 17. Dezember 1935 wirtschaftliche und finanzielle Vor- und Nachteile der jüdischen Emigration

- 218 Das Geheime Staatspolizeiamt Berlin teilt am 19. Dezember 1935 mit, wie der Begriff der „verbotenen Einzelaktionen“ gegen Juden zu verstehen sei
- 219 Die neue Weltbühne: Heinrich Mann protestiert im Dezember 1935 gegen die Judenverfolgung in Deutschland
- 220 Die Jewish Telegraphic Agency informiert Anfang Januar 1936 über Pläne zur Finanzierung einer Massenemigration von Juden aus Deutschland
- 221 Danziger Echo: Artikel vom 7. Januar 1936 über den Rücktritt des Völkerbundkommissars wegen der Judenverfolgung in Deutschland
- 222 Der Stürmer: Ein nationalsozialistischer Christ warnt im Januar 1936 die Kirchen vor der massenhaften Taufe von Juden
- 223 Aus den Sopade-Berichten vom Januar 1936 über die Reaktionen in Deutschland auf die Nürnberger Gesetze
- 224 Der Regierungspräsident in Potsdam berichtet dem Oberpräsidenten und Gauleiter Kube am 4. Februar 1936 über seine geplante Rundverfügung zur Judenfrage
- 225 Der Reichsinnenminister ordnet am 5. Februar 1936 an, antijüdische Ausschreitungen wegen der Ermordung Gustloffs in Davos zu verhindern
- 226 Der Vertreter Eidmann beschwert sich bei Kaufmann Bertram am 13. Februar 1936 über den Verkauf von Waren jüdischer Firmen in arischen Geschäften
- 227 Das Landesfinanzamt Karlsruhe berichtet dem Reichsfinanzminister am 3. März 1936 über die Zusammenarbeit mit der Gestapo bei der Überwachung von Juden
- 228 Der Deutsche Gemeindetag stellt dem Oberbürgermeister von Stuttgart am 3. März 1936 frei, Beschränkungen für Juden in städtischen Bädern einzuführen
- 229 Der Beck-Verlag preist dem Nationalsozialistischen Lehrerbund am 5. März 1936 seine kommentierte Ausgabe der Nürnberger Gesetze an
- 230 Der Auswandererberater bei der Jüdischen Gemeinde Leipzig berichtet am 12. März 1936 über die Ratsuchenden und deren wirtschaftliche Lage
- 231 Die Regierung Potsdam umgeht einen Erlass des Reichsjustizministers Gürtner zum Grundstückserwerb durch Juden (ca. 26. April 1936)
- 232 Schlachthofdirektor Karl Boerner kündigt Gustav Schroeder in Waren (Müritz) am 30. Mai 1936 die geschäftlichen Beziehungen auf
- 233 Der Regierungspräsident in Königsberg erläutert dem Reichsinnenminister am 17. Juni 1936 eine die Juden diskriminierende Satzungsänderung der Driesen-Stiftung
- 234 Historische Zeitschrift: Einrichtung der Rubrik „Geschichte der Judenfrage“ (Frühjahr 1936)
- 235 Pariser Tageszeitung: Artikel vom 23. Juni 1936 über die Lage der deutschen Juden kurz vor den Olympischen Spielen in Berlin
- 236 Albert Herzfeld berichtet am 1. Juli 1936 über seinen Ausschluss aus dem Reichsverband deutscher Künstler und über das Berufsverbot als Maler
- 237 Die schlesische Regierung plant am 9. Juli 1936, Landräte und Bürgermeister zur Erfassung der Personenstandsregister der Juden zu verpflichten
- 238 Der Reichsring für Propaganda und Volksaufklärung gibt am 16. Juli 1936 Empfehlungen für das Verhalten der SA gegenüber Ausländern und Juden während der Olympischen Spiele
- 239 Der Historiker Willy Cohn kritisiert während eines Kuraufenthalts am 21. Juli 1936 das Benehmen von osteuropäischen Juden
- 240 Jüdische Rundschau: Artikel vom 24. Juli 1936 über die Zahlen und die Zielländer jüdischer Emigranten
- 241 Amtsarzt Wilhelm Dopheide aus Hagenow rechtfertigt vor dem Mecklenburgischen Staatsministerium am 30. Juli 1936 seinen Boykott des Dr. Hans Sommerfeld

- 242 Martin Gumpert beschreibt seiner Schwester in Palästina am 31. Juli 1936 die Probleme des Geld- und Besitztransfers bei der Emigration in die USA
- 243 Das Jüdische Wohlfahrts- und Jugendamt Berlin bittet die Devisenstelle des Landesfinanzamts am 14. August 1936, die Unterstützung einer jüdischen Flüchtlingsfamilie zu genehmigen
- 244 Staatssekretär Pfundtner beschwert sich beim bayerischen Ministerpräsidenten am 30. August 1936 über jüdische Kurgäste in Bad Kissingen
- 245 Mally Dienemann berichtet am 2. September 1936 über Antisemitismus in Offenbach am Main
- 246 Das Reichswirtschaftsministerium informiert den Reichsernährungsminister am 16. September 1936 über Beschwerden jüdischer Getreidehandelsfirmen
- 247 Alex Löwenstein schildert Rosalie Gehrike in Berlin am 28. September 1936 sein neues Leben in Argentinien
- 248 Staatssekretärsbesprechung im Reichsinnenministerium am 29. September 1936 über die weitere Gestaltung der antijüdischen Politik
- 249 Die Deutsche Botschaft Warschau berichtet dem Auswärtigen Amt am 6. Oktober 1936 über polnische Initiativen zur Auswanderung der Juden
- 250 Amtsblatt der Regierung zu Königsberg: Verordnung des Oberpräsidenten vom 7. Oktober 1936 zur Änderung von Ortsnamen
- 251 Pariser Tageszeitung: Artikel vom 11. Oktober 1936 über die Verdrängung deutscher Juden aus dem Wirtschaftsleben
- 252 Der Chef der Sicherheitspolizei ersucht den Chef der Ordnungspolizei in Berlin am 12. Oktober 1936, zur besseren Erfassung getaufter Juden das Meldewesen zu ändern
- 253 Einladung des Volksbunds für deutsche Reichskirche zu einem Reformationsgottesdienst in Grabow am 2. November 1936
- 254 Das Geheime Staatspolizeiamt informiert die Gestapostellen am 14. November 1936 über die Vorschriften für die Jüdische Winterhilfe 1936/37
- 255 Der Kaufmann Julius Block bittet am 19. November 1936 die Berliner Polizei, ihm ausnahmsweise einen für fünf Jahre gültigen Reisepass auszustellen
- 256 Deutsches Recht: Artikel vom 15. Dezember 1936 über ein Urteil gegen die Einsetzung von Juden anstelle der gesetzlichen Erben
- 257 Staatssekretär Stuckart übermittelt dem Reichsfinanzministerium am 18. Dezember 1936 den Entwurf eines antijüdischen Sondersteuergesetzes
- 258 Das Geheime Staatspolizeiamt erlässt am 21. Dezember 1936 ein Versammlungsverbot für Juden
- 259 Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens: Rezension des antisemitischen Buchs „Die Juden in Deutschland“ von 1936
- 260 Berichte über antijüdische Maßnahmen und Vorfälle in Deutschland (1936)
- 261 Walter Gottheil erzählt von seinem Leben in einer deutschen Kleinstadt im Jahr 1936
- 262 Ernst Marcus berichtet über die Ängste des jüdischen Bürgertums im Breslau der Jahre 1936/37
- 263 Pariser Tageszeitung: Artikel vom 28. Januar 1937 über die Praxis der Verfolgung und Bestrafung von „Rassenschande“-Fällen in Deutschland
- 264 Reinhard Heydrich informiert den Stellvertreter des Führers am 1. Februar 1937 über die Erteilung von Gaststättenkonzessionen an Juden
- 265 Der Israelitische Verein für Altersversorgung und Krankenpflege beantragt beim Regierungspräsidenten in Hannover am 8. Februar 1937 die Genehmigung, Spenden einzuwerben
- 266 Der sechzehnjährige Werner Angress beschreibt am 18. Februar 1937 seine Reaktion auf den Selbstmord seines Gruppenleiters im Umschulungslager Groß-Breesen
- 267 Werbung für das antisemitische Bühnenstück „Der tanzende Jude“ im Anhang eines Briefs des Franz Wulf Verlags vom 20. Februar 1937

- 268 Der Leiter des Personalreferats der Stadt München kritisiert am 2. März 1937 einen Sachbearbeiter des Fürsorgereferats wegen zu weit gehender Fürsorge für einen Juden
- 269 Die Kameradschaft: Vorschlag eines antisemitischen Heimabendthemas für die Hitler-Jugend vom 10. März 1937
- 270 Jüdische Rundschau: Artikel vom 16. März 1937 über zwei Gerichtsurteile zum Einkauf in jüdischen Geschäften
- 271 Karl Scherk lädt am 9. April 1937 die jüdischen Grund- und Hauseigentümer in Stettin zur Gründung einer Interessenvereinigung ein
- 272 Rabbiner Wahrmann berichtet am 16. April 1937 über die gravierenden Probleme der jüdischen Gemeinden in Schlesien
- 273 Der Düsseldorfer Lederwarenvertreter Paul Malsch berichtet seinem Sohn am 17. April 1937 aus den Niederlanden über die politische Situation in Deutschland
- 274 Joseph B. Levy beschreibt die B'nai Brith Loge in Frankfurt a. M. und deren Auflösung durch die Gestapo am 19. April 1937
- 275 Hermann Lesser schlägt dem Reichsverband Deutscher Kleintierzüchter am 27. April 1937 die Gründung einer jüdischen Hundezüchter-Organisation vor
- 276 Adolf Hitler erläutert NSDAP-Kreisleitern in der Eliteschule NS-Ordensburg Vogelsang am 29. April 1937 sein taktisches Vorgehen gegenüber den Juden
- 277 Die Behörde des Beauftragten für den Vierjahresplan bilanziert am 3. Mai 1937 die Auswirkungen der „Arisierung“ des jüdischen Kunsthandels
- 278 Die Behörde des Beauftragten für den Vierjahresplan diskutiert am 7. Mai 1937 die Klassifizierung der Wertheim AG als „arisches“ Unternehmen
- 279 Die nach Prag emigrierte Bertha Meyer bittet die Devisenstelle beim Finanzamt Groß-Berlin am 14. Mai 1937 darum, ihr die Gebühren für die Lagerung ihres Hausrats zu erlassen
- 280 Frankfurter Zeitung: Artikel vom 16. Mai 1937 über die infolge der jüdischen Massenemigration gestiegenen Einnahmen aus der Reichsfluchtsteuer
- 281 Der Amtsleiter der Standesämter in Frankfurt a.M. berichtet dem Oberbürgermeister am 19. Mai 1937 über seinen Plan, jüdische Paare an besonderen Tagen zu trauen
- 282 Der Deutsche Gemeindetag fasst am 21. Mai 1937 die Ergebnisse einer Umfrage zur Behandlung jüdischer Patienten in städtischen Krankenhäusern zusammen
- 283 Der Sicherheitsdienst der SS erörtert am 28. Mai 1937 vorbereitende Maßnahmen gegen die Juden für den Fall eines Krieges
- 284 Vortrag von Theodor Oberländer über die Stärkung des deutschen Einflusses im östlichen Europa, Frühjahr 1937
- 285 Das Reichsfinanzministerium bittet den Stellvertreter des Führers am 16. Juni 1937 um Stellungnahme zur geplanten Einführung von Sondersteuern für Juden
- 286 Das Auswärtige Amt informiert die Botschaften am 22. Juni 1937 über die deutsche Haltung zur Gründung eines jüdischen Staats in Palästina
- 287 Zwischen Weichsel und Nogat: Artikel vom Juni 1937 mit der Aufforderung an einen jüdischen Landwirt, das Dorf Gnojau zu verlassen
- 288 Der Sicherheitsdienst der SS bespricht mit der Gestapo am 12. Juli 1937 die nächste Volkszählung und die rassische Erfassung der Juden
- 289 Der Fremdenverkehr: Abdruck des Erlasses von Staatssekretär Pfundtner vom 24. Juli 1937 zur Trennung der jüdischen von nichtjüdischen Gästen in Bädern und Kurorten
- 290 Pariser Tageszeitung: Artikel vom 24. Juli 1937 über die Einführung einer gegen Juden gerichteten Wehrsteuer im NS-Staat
- 291 Max Warburg unterbreitet Staatssekretär Stuckart im Sommer 1937 Vorschläge zur Förderung der jüdischen Auswanderung

- 292 Bericht des Jewish Central Information Office vom 11. August 1937 über die antijüdischen Ausschreitungen in Oberschlesien nach dem Ablauf des Minderheitenabkommens
- 293 Der Emigrant Günter Bodlaender in Prag fordert eine Hilfsorganisation am 11. August 1937 auf, seine Emigration auf die Philippinen zu unterstützen
- 294 Der Historiker Willy Cohn kommentiert am 13. September 1937 das Scheitern seiner Bemühungen, nach Palästina auszuwandern
- 295 Völkischer Beobachter: Adolf Hitlers Abschlussrede vom 13. September 1937 auf dem neunten NSDAP-Parteitag in Nürnberg über Judentum und Bolschewismus
- 296 Der Oberstaatsanwalt in Frankfurt a.M. bittet den Reichsjustizminister am 15. September 1937 eine Strafverfolgung wegen Beleidigung des SS-Organs Das Schwarze Korps zu genehmigen
- 297 Eine Berliner NSDAP-Ortsgruppe fordert am 30. September 1937 die Kündigung jüdischer Mieter der städtischen Wohnungsbaugesellschaften
- 298 Gary Samuelis beschreibt Kurt Polley in Berlin am 3. Oktober 1937 seine Anfangsschwierigkeiten in den USA
- 299 Denkschrift vom 16. Oktober 1937 über die Errichtung der größten europäischen Bibliothek zur Judenfrage in München
- 300 Haynt: Artikel vom 17. Oktober 1937 über die Lage in Deutschland und den Widerstand der Juden in Polen
- 301 Besprechung im Reichsinnenministerium am 18. Oktober 1937 über die jüdische Massenauswanderung
- 302 Julius Salinger berichtet Kaspar Arendt in Berlin am 18. Oktober 1937 über die Immigrationsbedingungen in Südafrika
- 303 Der Kriminalpolizist Ernst Patzer bittet Hitler am 18. Oktober 1937 um eine neue Stellung, da er wegen seiner „Mischehe“ entlassen worden ist
- 304 Die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung informiert am 26. Oktober 1937 über Änderungen in der Finanzierung der jüdischen Massenemigration
- 305 Jüdisches Gemeindeblatt für Rheinland und Westfalen: Artikel vom 29. Oktober 1937 über die Situation der Juden in den Gemeinden Köln und Breslau
- 306 Der Stadtpräsident von Berlin begründet dem Reichserziehungsminister am 9. November 1937 seine Entscheidung, die Schülerzahl einer jüdischen Privatschule zu begrenzen
- 307 Der Düsseldorfer Paul Malsch schreibt über die Eröffnung der Propagandaausstellung „Der ewige Jude“ (ca. 10. November 1937)
- 308 Der Hilfsverein der Juden in Deutschland berichtet am 12. November 1937 über Verlauf und Organisation der Emigration
- 309 Die Ärztin Hertha Nathorff beklagt am 18. November 1937 die Überwachung ihres Vortrags beim Jüdischen Frauenbund durch die Gestapo
- 310 Der siebzehnjährige Werner Angress schildert am 20. November 1937 seine Flucht aus Deutschland
- 311 Das Auswärtige Amt drängt beim Chef der Reichskanzlei am 23. November 1937 auf die Kennzeichnung jüdischer Geschäfte
- 312 Goebbels propagiert am 26. November 1937 den Ausschluss der Juden aus dem deutschen Kulturleben
- 313 Die Jüdische Gemeinde Merzig schreibt dem Reichskommissar für das Saarland am 29. November 1937 wegen der Reparatur der beschädigten Synagoge
- 314 Die Deutsche Arbeitsfront plant am 7. Dezember 1937, den gesetzlichen Ausschluss der Juden als Betriebsführer durchzusetzen
- 315 Als kommissarischer Reichswirtschaftsminister beschränkt Göring am 15. Dezember 1937 die Devisen- und Rohstoffzuteilungen für jüdische Unternehmen

- 316 Staatssekretär Pfundtner übersendet dem Chef der Reichskanzlei am 18. Dezember 1937 den Entwurf einer gegen jüdische Ärzte gerichteten Verordnung
- 317 Der Sicherheitsdienst der SS fordert am 28. Dezember 1937 von den SD-Oberabschnitten Auskunft über die Praxis bei der Erteilung von Wandergewerbescheinen an Juden
- 318 Im Reichsmedizinalkalender von 1937 werden jüdische Ärzte mit einem Doppelpunkt markiert
- 319 Der Vorstand der Berliner Jüdischen Gemeinde berichtet über Berufsausbildung und Umschulungsmaßnahmen im Jahr 1937
- 320 Die Reichsvertretung der Juden in Deutschland berichtet über den Ausbau und die Probleme der jüdischen Wohlfahrtspflege im Jahr 1937